

So will die Zürcher Linke die 33-Prozent-Quote erreichen

Der gemeinnützige Wohnungsbau ist in der Stadt Zürich ins Stocken geraten. Nun gehen linke Parteien in die Offensive.



Das Ziel ist ehrgeizig: Bis ins Jahr 2050 soll der Anteil an gemeinnützigen Wohnungen in Zürich bis auf ein Drittel erhöht werden. So schrieb es die Stimmbevölkerung im Jahr 2011 in der Gemeindeordnung fest.

Der Zürcher Stadtrat und die Genossenschaften tun einiges, um dem Volkswillen gerecht zu werden – und kommen doch nicht recht vom Fleck. Mehrere Tausend gemeinnütziger Wohnungen wurden in den letzten Jahren gebaut. Die Quote verharnt dennoch – als relativer Wert – bei rund 25 Prozent oder ist gar leicht gesunken. Dies, weil die Privaten die Gemeinnützigen beim Erstellen von Neubauten übertreffen.

Eigenmächtige Käufe

Martin Sturzenegger
Redaktor Zürich
@Marsjournal

Artikel zum Thema

Verwöhnte Zürcher



Analyse Zürich darf sich Wien in Sachen Wohnbaupolitik zum Vorbild nehmen – würde damit aber scheitern. [Mehr...](#)

Eine Analyse von Martin Sturzenegger 06.01.2018

Wien als Vorbild für Zürich?

Reportage 60 Prozent der Wiener leben in subventionierten Wohnungen. Wie das funktioniert und ob das auch in Zürich denkbar wäre. [Mehr...](#)

ABO+ Martin Sturzenegger, Klaudia Meisterhans.
04.01.2018

Das Ressort Zürich auf Twitter

Das Zürich-Team der Redaktion versorgt Sie hier mit Nachrichten aus Stadt und Kanton.

Die linken Parteien wollen nun Bewegung in die Sache bringen. SP, AL und die Grünen reichten gestern eine gemeinsame Motion im Gemeinderat ein. Ziel ist, dass der Stadtrat künftig einfacher Liegenschaften und Land kaufen kann. «Wir bieten eine griffige Massnahme, um den Anteil an bezahlbaren Wohnungen signifikant zu erhöhen – so, wie es dem Volkswillen entspricht», sagt Gemeinderat Florian Utz (SP).

@tagi folgen

Damit reagiert das Linksbündnis auf einen richtungsweisenden Gerichtsentscheid betreffend die Gammelhäuser. Der Stadtrat hatte die Liegenschaften im Kreis 4 letztes Jahr für gut 30 Millionen Franken erworben. Das Verwaltungsgericht hiess darauf eine Stimmrechtsbeschwerde von SVP, FDP und CVP gut, welche das Geschäft in der Kompetenz des Gemeinderates sahen, der Kauf wurde aufgehoben.

Der Stadtrat beschwerte sich, dass dadurch die langjährige und erfolgreiche Praxis bei Liegenschaftskäufen infrage gestellt werde. Das Stimmvolk hatte dem Stadtrat 1976 die Befugnis für dringliche Käufe erteilt, sofern das Land für gemeinnützigen Wohnbau genutzt wird. Der aktuelle Vorstoss der Linken verlangt, diese Praxis nun definitiv zu verankern.

«Eine Täuschung»

«Mich erstaunt, dass die Linke nun mit einem neuen Vorstoss kommt», sagt Pirmin Meyer (GLP). Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Drittelquote auch ohne Kompetenzerweiterung erfüllt werden kann. Meyer ist Mitunterzeichner eines hängigen Postulats, das die Einrechnung von Alterszentren zum gemeinnützigen Wohnungsbau verlangt. Florian Utz bezeichnet dieses Vorgehen als Täuschung. «Die Bevölkerung will keine Taschenspielertricks, sondern effektiv mehr bezahlbare Wohnungen.» (Tagesanzeiger.ch/Newsnet)

Erstellt: 11.01.2018, 10:16 Uhr

Ist dieser Artikel lesenswert?

Ja

Nein